



Wenn

fleischlose

Lebensweisen 

zur

Kostenfrage 



werden

Wirtschaftliche Diskriminierung der Pflanzenkost

Sei es aus ökologischen, gesundheitlichen oder tierethischen Motiven – immer mehr Menschen finden hierzulande Gefallen an pflanzenbasierten Ernährungsformen. Doch ein kurzer Blick in den Supermarkt offenbart, dass frisches Obst und Gemüse sowie pflanzliche Milch- und Fleischalternativen oftmals stolze Preise tragen, während tierische und verarbeitete Produkte vergleichsweise günstig sind.



Die Politik hat im Bereich Ernährung und Landwirtschaft gehörigen Gestaltungsspielraum. Doch ökonomische Instrumente wie Steuern und Subventionen begünstigen derzeit vorrangig Tierprodukte. So fällt es insbesondere einkommensschwächeren Personen schwerer, sich gesund, umwelt- und tierfreundlich zu ernähren. Es liegt vor allem auch an der Politik, ihrer Verantwortung gerecht zu werden und ein zukunftsfähiges und pflanzenbasiertes Ernährungssystem zu fördern. Eine nachhaltige Ernährung muss für

alle leistbar sein, Obst und Gemüse dürfen kein Luxusgut sein!

Pflanzlich(er) für Umwelt, Klima und Gesundheit

Pflanzliche Lebensmittel sind in ihrer Herstellung wesentlich ressourceneffizienter und umweltverträglicher als Fleisch, Milch und Co. Das schlägt sich auch in Statistiken zu den Umweltauswirkungen unserer Ernährung nieder: Die University of Oxford rechnet vor, dass Tierprodukte 83 Prozent der Landwirtschaftsflächen

belegen und etwa 60 Prozent der ernährungsbedingten Emissionen verursachen – obwohl sie mit 18 Prozent der konsumierten Kalorien vergleichsweise wenig zur Ernährung der Weltbevölkerung beitragen. Damit wackelt auch der Klimaschutz gehörig: Um die Pariser Klimaziele zu erreichen und den globalen Temperaturanstieg auf unter 2 °C zu halten, müssten die Bürger*innen in westlichen Industriestaaten 90 Prozent weniger Schweine- und Rindfleisch sowie 60 Prozent weniger Kuhmilch konsumieren.



Wie die University of Oxford vorrechnet, belegen Tierprodukte 83 Prozent der Landwirtschaftsflächen und verursachen 60 Prozent der ernährungsbedingten Emissionen. Mit 18 Prozent der konsumierten Kalorien tragen sie aber vergleichsweise wenig zur Ernährung der Weltbevölkerung bei.

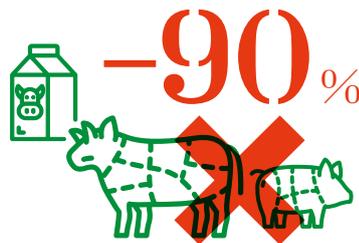
Auch aus gesundheitlicher Sicht schlagen Tierprodukte stark aufs Gemüt: Die Österreicher*innen konsumieren beispielsweise 63 kg Fleisch pro Kopf und Jahr oder anders ausgedrückt: drei Mal mehr als empfohlen. Eine Kost reich an tierischen, arm an pflanzlichen Lebensmitteln steigert hierbei das Risiko, an Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Diabetes Typ 2 und bestimmten Krebsarten zu erkranken. Die Förderung der Pflanzenkost ist somit aus ökologischer und gesundheitlicher Perspektive eine Win-win-Situation und sollte zentraler Bestandteil der österreichischen Nachhaltigkeitsstrategie sein.

Umsatzsteuer: Benachteiligung von Pflanzenmilch

Mit der Umsatzsteuer können wirkungsvolle Akzente zu einer nachhaltigeren Gestaltung des Ernährungssystems gesetzt werden. Derzeit werden Lebensmittel mit 10 Prozent besteuert, während es bei Getränken 20 Prozent sind. So weit, so gut. Doch die Konsequenzen sind abstrus: Kuhmilch wird vom Gesetzgeber als Grundnahrungsmittel klassifiziert und fällt so unter den ermäßigten Steuersatz. Sojamilch hingegen gilt als Getränk und wird

in einen Topf mit Cola, Bier usw. geworfen und somit mit 20 Prozent besteuert. Noch unsinniger wird die Umsatzsteuer, wenn man bedenkt, dass auch Süßigkeiten und Junk-Food-Snacks mit 10 Prozent steuerlich begünstigt werden. Alle Konsument*innen von Pflanzenmilch – seien es tier- oder umweltethisch motivierte Personen, die keine oder wenig Kuhmilch konsumieren wollen, oder laktoseintolerante Menschen, die das Tierprodukt nicht zu sich nehmen können – werden unfairerweise stärker zur Kasse gebeten.

Im Sinne der Nachhaltigkeit, sozialen Verträglichkeit und des Respektierens von ethisch motivierten Lebensweisen ist eine Umgestaltung des Umsatzsteuersystems notwendig. Erstens sollten pflanzliche Alternativprodukte wie Sojamilch nicht steuerlich benachteiligt werden und somit ebenso unter den ermäßigten Steuersatz von 10 Prozent fallen. Zweitens sollte eine nachhaltigere Ausrichtung der Besteuerung – orientiert an ökologischen und gesundheitlichen Kriterien – durchgesetzt werden. So kann frisches



Zur Erreichung der Pariser Klimaziele müssten die Bürger*innen westlicher Industriestaaten 90 Prozent weniger Schweine- und Rindfleisch sowie 60 Prozent weniger Kuhmilch konsumieren.



In Österreich werden Lebensmittel mit 10 Prozent besteuert, Getränke mit 20 Prozent. Während aber Kuhmilch als Grundnahrungsmittel klassifiziert ist und unter den ermäßigten Steuersatz fällt, gilt Sojamilch als Getränk und wird wie Cola, Bier usw. mit 20 Prozent besteuert.

Obst und Gemüse durch eine weitere Steuersenkung – etwa auf 5 Prozent – gefördert und mehr Personen zugänglich gemacht werden. Dass dies nicht nur utopische Zukunftsmusik ist, zeigt die Realität in zehn europäischen Staaten: Italien, Spanien, das Vereinigte Königreich und andere Länder besteuern Obst und Gemüse höchstens mit 5 Prozent.

Agrarsubventionen: Förderung von Tierprodukten

Die Subventionierung der Landwirtschaft ist in Europa nicht wegzudenken und unterstützt Landwirt*innen in ihrer wichtigen Funktion in puncto Nahrungsversorgung. Die Förderung von Agrarprodukten aus öffentlichen Geldern sollte sich jedoch stärker an ökosozialen Kriterien orientieren. Derzeit fließen landwirtschaftliche Subventionen in Europa insbesondere in große industrialisierte Betriebe und die Produktion von Tierprodukten. So gehen laut einer Studie von Greenpeace jährlich 69 bis 79 Prozent an Direktzahlungen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU in die Futtermittelherstellung und Tierhaltung – in monetären Werten

29-33

Mrd. €

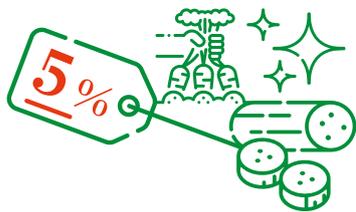


ausgedrückt, sind das zwischen 29 und 33 Milliarden Euro. Das heißt, es fließt knapp ein Fünftel des gesamten EU-Budgets in Tierprodukte.

Die Anreize zur Herstellung von Tierprodukten sind somit weit größer als von Pflanzenprodukten. Um unser Ernährungssystem auf nachhaltige Bahnen zu lenken, bedarf es einer grundlegenden Umstrukturierung der europäischen Agrarpolitik – hin zu einer stärkeren Förderung einer pflanzenbasierten Produktion. So ließe sich die finanzielle Sicherheit von Landwirt*innen, die Pflanzen anbauen, statt Tiere halten wollen, gewährleisten. Und so ließe sich auch eine sozial verträgliche Förderung von nachhaltigen Ernährungsweisen erzielen.

Landwirtschaft: Erfolgsgeschichte Soja in Österreich

Am Beispiel der Sojabohne zeigt sich zudem, wie österreichische Landwirt*innen und Konsument*innen gegenseitig voneinander profitieren.



Es bedarf einer Besteuerung, die sich an ökologischen und gesundheitlichen Kriterien orientiert. Frisches Obst und Gemüse könnten durch eine weitere Steuersenkung auf 5 Prozent gefördert und mehr Personen zugänglich gemacht werden wie etwa in Italien, Spanien und dem Vereinigten Königreich.

Jährlich gehen 69 bis 79 Prozent an Direktzahlungen der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU in die Futtermittelherstellung und Tierhaltung – in monetären Werten 29 bis 33 Mrd. Euro. Somit fließt knapp ein Fünftel des gesamten EU-Budgets in Tierprodukte.

Wenige wissen über die Erfolgsgeschichte der Sojabohne hierzulande Bescheid: Österreich ist der fünftgrößte Produzent von Sojabohnen in der EU und hält mit 35 Prozent den höchsten Bio-Anteil. Die eine Hälfte der österreichischen Sojabohnen wird für den Direktverzehr verwendet, die andere Hälfte für Tierfutter. Global betrachtet zeichnet sich ein anderes Bild ab: Denn von der weltweiten Sojaernte werden 78 Prozent als Tierfutter verwendet und nur 2 Prozent direkt für Lebensmittel wie Tofu und Sojamilch.

Europas starke Abhängigkeit von Futtermittelimporten verschärft ökologische und soziale Probleme in den Anbaugebieten, vor allem in Brasilien und Argentinien. Die boomende Nachfrage nach Futtersoja durch unseren Fleischhunger ist einer der Hauptgründe des Verlusts des Amazonas-Regenwalds. Dabei könnte ein Teil der Problematik alleine durch eine Fleischreduktion gelöst werden: Wenn die Österreicher*innen etwa ein Fünftel weniger Fleisch essen würden, könnten die Futtermittelimporte an Soja entfallen. Ein positiver Wandel des Ernährungssystems ist somit

durchaus erreichbar. Dazu bedarf es aber auch mutiger Politik, welche die Produktion und den Konsum von pflanzlichen Lebensmitteln fördert und fleischlose Ernährungsformen allen Bürger*innen zugänglich macht.

Auf dem Weg in eine nachhaltige Zukunft

Die nächsten Jahre sind für unsere Gesellschaft richtungsweisend: Die Politiken, Wirtschafts- und Konsumweisen der nahen Zukunft werden entscheiden, ob ein transformativer Weg für ein gutes Leben für alle eingeschlagen wird. Neben Sektoren wie Energie und Transport muss vor allem auch die Landwirtschaft ins Auge gefasst werden, um eine soziale und ökologische Transformation zu ermöglichen. Die politische Förderung und vor allem der Abbau wirtschaftlicher Benachteiligungen von Pflanzenprodukten ist hierbei essentiell. Schließlich geht es um nicht weniger als die Ermöglichung einer nachhaltigen und gesunden Ernährung für uns alle.



Wenn die Österreicher*innen etwa ein Fünftel weniger Fleisch essen würden, könnten die Futtermittelimporte an Soja entfallen. Ein positiver Wandel des Ernährungssystems ist somit durchaus erreichbar.

Valentina Kropfreiter und Felix Hnat arbeiten für www.vegan.at. Ihr Ziel ist eine nachhaltigere und faire Welt.